



STELLUNGNAHME

Berlin, Juni 2022

Zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen unter anderem Emissionen aus der Verbrennung von Abfällen mit einem CO₂-Preis belastet werden. Haus & Grund lehnt dies ab, da hiermit keine Lenkungswirkung zu umwelt- und klimafreundlichem Verhalten entsteht. Für Verbraucherinnen und Verbraucher werden sowohl die Strom- und Fernwärmepreise aus Müllverbrennungsanlagen als auch die Kosten bei der Abfallentsorgung steigen.

Begründung:

Die CO₂-Bepreisung soll gemäß dem Zweck des BEHG-Entwurfs zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele, einschließlich des langfristigen Ziels der Treibhausgasneutralität bis 2045 beitragen. Der CO₂-Preis soll eine Lenkungswirkung entfalten, hin zu weniger CO₂-Ausstoß. Die Frage ist jedoch, wie bei schon angefallenem Abfall CO₂-Emissionen vermieden werden können. Bei der Verbrennung von Abfällen in Müllverbrennungsanlagen können zwar umweltschädliche Emissionen im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes reduziert werden. CO₂-Ausstoß kann hingegen nicht reduziert werden, der durch die Vielzahl von Abfallverursachern in der Vorkette entstanden ist. Um Abfall zu vermeiden, muss der Verursacher in die Pflicht genommen werden. Zum Beispiel lassen sich in der Industrie Abfälle vermeiden durch weniger Verpackung, durch Rücknahme und Recycling sowie durch die Herstellung von hochwertigen und langlebigen Produkten. Fällt Abfall an, dass nicht recycelt werden kann, muss es sicher und umweltfreundlich entsorgt werden können. Die Verteuerung der Verbrennung von Abfall durch den CO₂-Preis und damit der gesamten Entsorgungskette (Sammeln, Transport, Sortierung, Deponierung oder Verbrennung etc.) wird dazu führen, dass die Kosten für die Abfallentsorgung bei den Verbrauchern steigen werden. Werden die Kosten der Abfallentsorgung durch den CO₂-Preis zu hoch, schafft dies eher Anreize, den Abfall illegal zu entsorgen. Die vorgesehene Regelung ist daher keine Lösung, sondern schafft ein neues Problem für den Umwelt- und Klimaschutz.

Haus & Grund Deutschland

Haus & Grund ist mit über 900.000 Mitgliedern der mit Abstand größte Vertreter der privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Deutschland. Die Haus & Grund-Mitglieder bieten über 10 Millionen Mietern ein Zuhause. Den Zentralverband mit Sitz in Berlin tragen 22 Landesverbände und 867 Vereine.

Als Mitglied der Union Internationale de la Propriété Immobilière (UIPI) engagiert sich Haus & Grund Deutschland auch für den Schutz des privaten Immobilieneigentums in der Europäischen Union.

Volkswirtschaftliche Bedeutung der privaten Immobilieneigentümer

- ▶ Die privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Deutschland verfügen über rund 33,3 Millionen Wohnungen, also über 80,6 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes.
- ▶ Sie bieten 66 Prozent aller Mietwohnungen an.
- ▶ Sie bieten knapp 30 Prozent aller Sozialwohnungen an.
- ▶ Sie stehen für 76 Prozent des Neubaus von Mehrfamilienhäusern.
- ▶ Sie investieren jährlich über 95 Milliarden Euro in ihre Immobilien.
- ▶ Diese Summe entspricht der Hälfte der Umsätze der Bauindustrie mit ihren 2,2 Millionen Beschäftigten.
- ▶ Unter Berücksichtigung der positiven Beschäftigungseffekte in weiteren Branchen sichern oder schaffen diese Investitionen jährlich insgesamt 1,8 Millionen Arbeitsplätze.